



for a living planet®

WWF Deutschland

Reinhardtstr. 14
10117 Berlin

Tel.: 0 30/30 87 42-0
Direkt: -35
Fax: 0 30/30 87 42-50
brick.medak@wwf.de
berlin@wwf.de
www.wwf.de

Positionspapier

Berlin, 4. Mai 2009

Ein Klimaschutzgesetz für Deutschland – klare Regeln für die Klimapolitik!

Der WWF fordert mehr Verbindlichkeit, Transparenz und Langfristigkeit in der deutschen Klimapolitik

In den vergangenen Jahren wurden in Deutschland zahlreiche für den Klimaschutz wichtige Gesetze verabschiedet. Ein Klimaschutzgesetz, wie es etwa im vergangenen Jahr in Großbritannien verabschiedet wurde, gibt es allerdings nicht. Die Bundesregierung hat zwar ein Klimaschutzpaket (das sog. „Meseberger Programm“ oder auch IEKP) verabschiedet und sich zu einer Senkung der Treibhausgasemissionen in Deutschland um 40 Prozent bis 2020 verpflichtet. Das 40-Prozent-Ziel ist allerdings nicht gesetzlich geregelt.

Letztendlich handelt es sich dabei nur um eine rechtlich unverbindliche, rein politische Absichtserklärung, die von einer neuen Bundesregierung nach der Bundestagswahl wieder

relativiert oder gar ganz in Frage gestellt werden könnte. Zudem bleibt völlig unklar, was passiert, wenn das Ziel verfehlt wird. Bisher fehlt es an einer unabhängigen Instanz, die das Erreichen der Klimaziele überwacht und die Bundesregierung in der Klimapolitik berät. Zudem ist die deutsche Klimapolitik intransparent und für die Öffentlichkeit kaum noch nachzuvollziehen. Allein im IEKP findet sich eine Unzahl von Maßnahmen, Gesetzen und Verordnungen.

Nach der Verabschiedung der meisten dieser Maßnahmen lässt sich eine erste Zwischenbilanz ziehen: nach den Ergebnissen diverser Studien wird die Bundesregierung – wie selbst von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel mehrmals



Positionspapier

4. Mai 2009 Positionspapier Klimaschutzgesetz

eingestanden - ihre Ziele verfehlen. Ohne dass das aber politische oder rechtliche Folgen mit sich bringt, geschweige denn Sanktionen verhängt würden. So droht die Klimapolitik zum zahnlosen Tiger zu werden.

Auch in der internationalen Klimaschutzpolitik sieht sich die Bundesregierung gerne als Vorreiter und Motor. Doch dieser Motor ist ins Stocken geraten. Obwohl der Klimagipfel in Kopenhagen vor der Tür steht, gibt es für die Zeit nach 2020 noch kein eigenes Ziel der Bundesregierung. Und das obwohl alle Industriestaaten – auch Deutschland – nach den Erkenntnissen der Klimaforscher ihren Ausstoß an Treibhausgasen bis 2050 gegenüber 1990 um 80 bis 95 Prozent senken müssen, wenn die Welt eine Chance haben will, eine Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur um mehr als 2° Celsius und damit die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern. Neueste Ergebnisse der Klimaforschung lassen sogar darauf schließen, dass diese Ziel noch verschärft werden müssen.

Der deutschen Klimapolitik mangelt es an Verbindlichkeit, Transparenz, Langfristigkeit und vor allem auch an Glaubwürdigkeit.

Ganz anders in Großbritannien: dort hat das Parlament 2008 ein Klimaschutzgesetz (Climate Change Act) vorgelegt, sich darin zu einer verbindlichen Senkung des Treibhausgasausstoßes um 80% bis 2050 verpflichtet und eine hochrangig besetzte Klima-Kommission eingerichtet.

Der WWF fordert von der jetzigen und zukünftigen Bundesregierung, ein deutsches Klimaschutzgesetz, in dem eine Senkung des deutschen Treibhausgasausstoßes um mindestens 40 Prozent bis 2020 und 80 bis 95 Prozent bis 2050 im Vergleich zu 1990 gesetzlich verbindlich geregelt wird.

Wenn Deutschland wieder zum Vorreiter im internationalen Klimaschutz werden will, muss es ein solches Gesetz auf den Weg bringen. Ein vom WWF beauftragtes Gutachten des Ecologic Instituts zeigt, dass das rechtlich machbar und vor allem auch konform mit EU-Recht wäre. Viele Wissenschaftler fordern ein solches Gesetz seit geraumer Zeit.



Positionspapier

4. Mai 2009 Positionspapier Klimaschutzgesetz

Wie muss ein Klimaschutzgesetz aussehen?

- Es muss Ziele und Zwischenziele zur Reduktion der deutschen Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent im Vergleich zu 1990 verbindlich festlegen, um auch der Wirtschaft mehr Investitionssicherheit zu geben.
- Es muss die Einrichtung einer hochrangigen, unabhängigen Klima-Kommission vorsehen, die das Erreichen der Ziele überwacht und die Bundesregierung in der Klimapolitik berät.
- Es müssen Sanktionen eingeführt werden, falls die gesetzten Ziele nicht erreicht werden.
- Es müssen langfristig alle für den Klimaschutz wichtigen Gesetze zusammengefasst, vereinfacht und besser aufeinander abstimmt werden, um für mehr Transparenz zu sorgen, Bürokratie abzubauen, Kosten zu sparen und den Menschen Klimapolitik näher bringen zu können.

Weitere Informationen:

Brick Medak, Referent für Klimaschutz und Energiepolitik, WWF Deutschland, Tel.: 030 / 308742-35, Fax: -35, Mobil: 0162-2914488, brick.medak@wwf.de

Regine Günther, Leiterin Klimaschutz und Energiepolitik, WWF Deutschland, Tel: 030 / 308742-18, Fax: -35, regine.guenther@wwf.de

Diese und weitere Hintergrundinformationen finden Sie im Internet unter: www.wwf.de. Hier können Sie sich auch in unseren kostenlosen WWF-News-Verteiler eintragen.